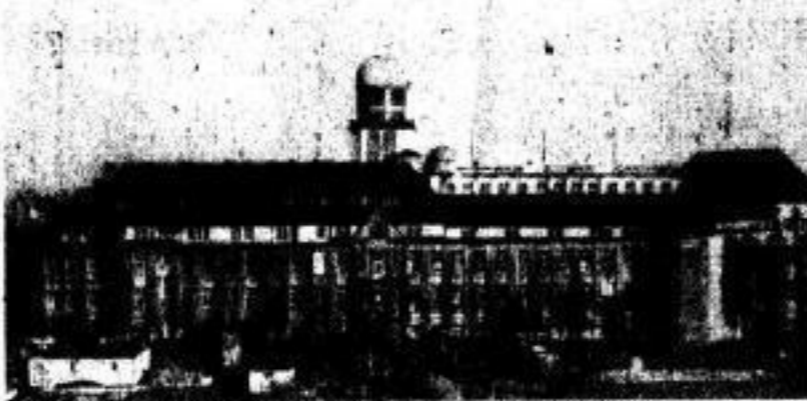




Im Bombenhagel 1945 zerstört - der Gebäudekomplex (heute Beyer-Bau) der Fakultät für Bauwesen, Hinterfrontansicht.



Wiederaufgebaut: der Beyer-Bau, Gebäudekomplex der Fakultät für Bauwesen, Hinterfrontansicht.



Gemeinsam beseitigten Studenten und Lehrkräfte die Trümmer des ehemaligen Gefängnisses (heute Georg-Schumann-Bau).

Die Mahnung des 13. Februar 1945: Das Wichtigste ist Frieden, für unser Land und die Welt

In der Nacht vom 13. zum 14. Februar 1945 sank all das, was Dresden einst zum „Elbflorenz“ werden ließ, durch massierte, militärisch völlig sinnlose Bombenangriffe in Schutt und Asche. Am Mittag nach dieser Nacht des Grauens, aber auch am 15. Februar 1945 folgten weitere schwere Angriffe anglo-amerikanischer Terrorflugzeuge auf unsere von Tod und Vernichtung bereits so schrecklich heimgesuchte Stadt.

Ohne jegliche humanistische Regung, ohne kulturhistorische Bedenken und bar jeder Ehrfurcht vor dem europäischen Kulturerbe warfen mehr als 1300 Flugzeuge in teuflisch abgestimmter Reihenfolge 8400 Spreng-, 495 000 Stabbrand-, 5100 Flüssigkeits- und 47 000 Flammenstrahlbomben ab. 15 Quadratkilometer dicht bewohnten Gebietes wurden total zerstört. Was aber bedeutete der unersetzliche Verlust herrlicher historischer Bauten und die folgenschwere Zerstörung Tausender Wohnhäuser gemessen an der alle Begriffe von Menschlichkeit und Zivilisation verhöhrenden Tatsache, daß nachweisbar mindestens 35 000 Menschen - Frauen, Kinder, Greise, Kranke und Flüchtlinge - in diesem Inferno qualvoll starben. Der faschistische Krieg war heimgekehrt in das Reich, aus dem er Tod und Verderben in die Länder Europas trug. Die Toten dieser Stadt, die Obdachlosen, die Verzweifelten mußten nun büßen für die Untaten jener, die Macht über sie bekommen hatten. Ihre Mordtaten werden nicht kleiner, wenn wir die grausame Vernichtung Dresdens ebenfalls als ungeheuerliches Verbrechen imperialistischer Kriegführung bezeichnen. Ohne jede militärische Notwendigkeit diente die barbarische Vernichtung Dresdens und später die von Hiroshima und Nagasaki allein dem Ziel, den Anspruch auf eine militärische Vormachtstellung der USA vor aller Welt und besonders gegenüber der Sowjetunion zu demonstrieren. So muß die Zerstörung unserer Stadt als ein Vorbote des bald einsetzenden „kalten Krieges“ und der Politik der Konfrontation mit den sozialistischen Ländern gewertet werden.

Auch die Technische Hochschule wurde bei den Luftangriffen schwer in Mitleidenschaft gezogen. Fast alle Gebäudekomplexe und Einzelbauten waren durch Spreng- und Brandbomben getroffen. Gleich der Stadt bot auch unsere zu

85 Prozent zerstörte Bildungs- und Forschungsstätte einen chaotischen Anblick: überall Ruinen und viele Meter hohe Schuttberge. Zahlreiche Hochschulangehörige, dabei zwei Professoren, kamen unter den Trümmern und in den Flammen der Stadt um oder starben an den Folgen der Angriffe. Bereits Mitte Mai 1945, wenige Tage nach der Befreiung unseres Volkes durch die Sowjetarmee, ordnete General Barikow an, die Arbeiten zur Wiederinstandsetzung der Technischen Hochschule Dresden sofort zu beginnen. Mit aktiver Unterstützung des Kommandanten der TH, Oberstleutnant Koslowitsch, wurden die ersten Maßnahmen zur Enttrümmerung und zum Wiederaufbau getroffen. Die sowjetische Initiative traf auf die tatkräftige Bereitschaft der an der TH verbliebenen Arbeiter und Angestellten, Professoren, Dozenten und Assistenten. Gemeinsam beseitigten sie unter großen materiellen Entbehrungen den Schutt, bargen Maschinen und Geräte.

Das Handeln, das energische Zupacken der „Aktivisten der ersten Stunde“ orientierte sich am Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 an das deutsche Volk. Sie wies den Weg zur Überwindung der Folgen von Krieg und Faschismus sowie zum antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau und gab so neuen Lebensmut. Ein bereicherter Ausdruck dessen war der erste Dresdner Aufbauplan, den der Kommunist Walter Weidauer, damals 1. Bürgermeister, am 5. Januar 1946 verkündete.

Es war klar, daß die Grundgedanken und Anliegen dieses kühnen, optimisti-

schon Planes zum Aufbau aus eigener Kraft nur unter Führung der Partei der geeinten Arbeiterklasse verwirklicht werden konnten. Sie machte eine Leistung wie das Neuerstehen der TH/TU sowie die Wiedergeburt Dresdens in harmonischer Verbindung von traditioneller und neuer Schönheit erst vorstellbar und realisierbar. In diesem historischen Prozeß gestalteten die Dresdner ihre Heimatstadt aus den bitteren Erfahrungen ihrer jüngsten Geschichte zu einer sozialistischen Großstadt, in der die Erbauer der Stadt auch Verantwortung für ihren Beitrag zur Bewahrung des Friedens trugen.

Was wir uns schufen, darf nicht in einem erneuten Inferno untergehen - ein 13. Februar 1945 darf sich niemals wiederholen! Wir Universitätsangehörigen bekräftigen darum mit der geschlossenen Teilnahme an der Friedenskundgebung am 13. Februar 1989 auf dem Georg-Dimitroff-Platz in Dresden

• unsere Bereitschaft, mit Höchstleistungen unter der Losung „Mein Arbeits- und Studienplatz - mein Kampfplatz für den Frieden!“ noch wirksamer dazu beizutragen, den Sozialismus zu stärken und so den Frieden sicherer zu machen,

• unsere Zustimmung zu den Friedensinitiativen der Sowjetunion und der anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft,

• unsere Unterstützung für die Politik unserer Partei- und Staatsführung, gemeinsam mit allen Kräften der Vernunft und des Realismus den Frieden weiter zu stärken.

Es war klar, daß die Grundgedanken und Anliegen dieses kühnen, optimisti-

schon Planes zum Aufbau aus eigener Kraft nur unter Führung der Partei der geeinten Arbeiterklasse verwirklicht werden konnten. Sie machte eine Leistung wie das Neuerstehen der TH/TU sowie die Wiedergeburt Dresdens in harmonischer Verbindung von traditioneller und neuer Schönheit erst vorstellbar und realisierbar. In diesem historischen Prozeß gestalteten die Dresdner ihre Heimatstadt aus den bitteren Erfahrungen ihrer jüngsten Geschichte zu einer sozialistischen Großstadt, in der die Erbauer der Stadt auch Verantwortung für ihren Beitrag zur Bewahrung des Friedens trugen.

Was wir uns schufen, darf nicht in einem erneuten Inferno untergehen - ein 13. Februar 1945 darf sich niemals wiederholen! Wir Universitätsangehörigen bekräftigen darum mit der geschlossenen Teilnahme an der Friedenskundgebung am 13. Februar 1989 auf dem Georg-Dimitroff-Platz in Dresden

• unsere Bereitschaft, mit Höchstleistungen unter der Losung „Mein Arbeits- und Studienplatz - mein Kampfplatz für den Frieden!“ noch wirksamer dazu beizutragen, den Sozialismus zu stärken und so den Frieden sicherer zu machen,

• unsere Zustimmung zu den Friedensinitiativen der Sowjetunion und der anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft,

• unsere Unterstützung für die Politik unserer Partei- und Staatsführung, gemeinsam mit allen Kräften der Vernunft und des Realismus den Frieden weiter zu stärken.



12 000 junge Leute studieren heute an unserer Universität. Sie tun dies in sozialer Geborgenheit und in der Gewißheit, als Absolventen dringend in der Praxis gebraucht zu werden.



Buntes Treiben herrscht stets in der Mommsenstraße (unser Foto), links das Rektoratsgebäude, Mitte der Barkhausen-Bau. Fotos: Sütterlin

Nach einer KDT-Studentenexkursion notiert: Anregungen und Tips für künftige Bauingenieure

Heute ist der PKW nicht mehr aus unserem Leben wegzudenken; das Auto ist eines unserer wichtigsten Gebrauchsgegenstände geworden. Die DDR zählt zu den hochmotorisierten Ländern der Erde. Und die Motorisierung wird in den folgenden Jahren noch mehr zunehmen. Neben den vielen Vorteilen der individuellen Kfz-Nutzung wird auch immer deutlicher, daß das Auto die Qualität unserer Städte beeinträchtigt.

Deshalb ist es dringend notwendig, neue Konzeptionen für den innerstädtischen Verkehr in Wechselwirkung zum innerstädtischen Bauen zu entwickeln. Das Büro für Verkehrsplanung der Stadt Erfurt leistet dafür in der DDR Pionierarbeit. Unter seiner Leitung läuft in Erfurt seit 1985 der Großversuch „Verkehrsberuhigung“. Sein Ziel ist, die negativen Auswirkungen des Kfz-Verkehrs auf die Anlieger in den Wohngebieten zu reduzieren. Es sollen unter anderem die Verkehrssicherheit erhöht, die Lärm- und Abgasbelastigung verringert und damit die Aufenthaltsfunktion der Straße verbessert werden.

Im Rahmen einer KDT-Studentenexkursion wollten wir uns mit den Aufgaben und Erfahrungen der Erfurter Fachkollegen bei der Verkehrsberuhigung von innerstädtischen Wohngebieten vertraut machen. Dr. sc. techn. Saltz, Leiter des Büros für Verkehrsplanung Erfurt, zeigte uns wichtige Ergebnisse und machte uns in eindrucksvoller Weise mit den weiteren städtebaulichen und verkehrsplanerischen Aufgaben in Erfurt, aber auch mit der wechselvollen Geschichte dieser reizvollen thüringischen Großstadt bekannt.

Seit Beginn der Realisierung des Wohnungsbauprogramms wurden in Erfurt große Neubaugebiete im Norden und Südosten der Stadt errichtet. Dadurch konnten die Wohnbedingungen für viele Erfurter verbessert werden. Die Stadt weist heute eine starke Nord-Süd-Ausdehnung im Gera-Talbecken auf. Die territoriale Ausweitung der Stadt führte auch zwangsläufig zu einem Anstieg der Mobilität. Deshalb wurden in Erfurt das Netz des öffentlichen Personennahverkehrs und das Straßennetz ausgebaut. Das Straßennetz wurde radial, entsprechend der Korridor-Bebauung, angelegt. Das Beförderungsangebot konnte dem Bedarf weitgehend angepaßt werden.

Wichtige verkehrsplanerische Maßnahmen sind auch der Ausbau des Straßenaßen- und -innenringes um das Zentrum. Damit werden Voraussetzungen geschaffen, um den Kfz-Verkehr aus der bauhistorisch wertvollen Altstadt fernzuhalten und verkehrsberuhigende Wirkungen im Zentrum Erfurts zu erzielen (unser Foto).

Entsprechend der städtebaulichen Konzeption soll in Erfurt bis 1992 die Altstadt verkehrsplanerisch umgestaltet werden. Ziel ist es, den Kfz-Verkehr zu reduzieren und u. a. den zentrumsfremden Durchgangsverkehr zu verdrängen. Damit soll die Attraktivität der historischen Altstadt besonders für die Fußgänger verbessert werden. Wichtige Ergebnisse dieses Prozesses sind die umfassende Restaurierung des Angers und die Gestaltung dieser Hauptgeschäftsstraße Erfurts als Fußgängerboulevard. Die berühmte Krämerbrücke als Kernstück der mittelalterlichen Marktstraße wurde rekonstruiert.

Sie ist das einzige Beispiel einer mit Wohn- und Handelshäusern bebauten

mittelalterlichen Brücke in Mitteleuropa. Auch viele wertvolle Gebäude der Altstadt von kulturhistorisch hohem Rang wurden und werden restauriert. Davon besichtigen wir das „Haus zum Roten Ochsen“, das heute als Galerie genutzt wird, die Michaeliskirche, den ehemaligen Waispeicher, der als Puppentheater wieder aufgebaut wurde, und die Baugruppe Dom, Stiftskirche St. Severi.

Ein bedeutendes Ergebnis des Großversuches ist die Umgestaltung des Gebietes „Auenstraße“ zu einem verkehrsberuhigten Bereich. Durch verkehrsorganisatorische Maßnahmen gelang es, den Durchgangsverkehr, der weder Quelle noch Ziel in diesem Gebiet hat, weitestgehend zu verdrängen. Das Radwegnetz wurde ausgebaut, Kernstück der verkehrsberuhigenden Maßnahmen bildete die Umgestaltung der Auenstraße zu einer Mischverkehrsfläche (Gleichberechtigung von Fußgänger und Kfz-Verkehr). Das Straßenbild wurde durch Ausstattungselemente, wie Bänke, Pflanzkübel, Grünflächen (Erhöhung ihres Anteils um 30 Prozent) und Verweilbereiche wesentlich verändert.



Foto: Jauer

Im Mittelpunkt aller Maßnahmen standen die Bedürfnisse der Bewohner des Gebietes. Deshalb führte das Büro für Verkehrsplanung den Umgestaltungsprozeß im ständigen Dialog mit den Anwohnern durch. Auf Einwohnerversammlungen wurden die Projekte vorgestellt und diskutiert. Die Pflege und Ausgestaltung der Grünanlagen übernahmen die Bewohner; sie gestalteten auch die Aufenthaltsbereiche selbst. Der Großversuch „Verkehrsberuhigung“ wird zur Zeit mit der Gestaltung des innerstädtischen Neubaugebietes „Leninallee“ fortgesetzt.

Das Beispiel Erfurt zeigte uns deutlich, daß die Verkehrsberuhigung die Verkehrssicherheit, die Wohnbedingungen und die Aufenthaltsmöglichkeiten im Wohnumfeld - insgesamt die Lebensqualität - wesentlich verbessert. Unsere Exkursion, die auf Initiative des Vorsitzenden der KDT-Betriebssektion „Bauingenieurwesen“, Doz. Dr. sc. techn. Ackermann, zustande kam, hat uns allen für das weitere Studium wichtige praktische Anregungen gegeben.

Dipl.-Ing. Heino Rudolf, Forschungsstudent, Sektion Bauingenieurwesen

Grundlage für die Erfassung ausgewählter ökonomischer Kategorien ist die Rahmennomenklatur der Hauptkennziffern für die Ausarbeitung der Veredlungskonzeption 1986/90 für Kombinate und Betriebe. Mit der Ermittlung und Analyse von Zeitreihen werden die ökonomischen Kategorien in ihrer Entwicklung dargestellt und mit der vom XI. Parteitag der SED geforderten Entwicklung verglichen. Mathematisch betrachtet, werden dabei die durchschnittlichen Wachstums- bzw. Senkungsraten der jeweiligen Kategorie mit dem geometrischen Mittel berechnet. Das arithmetische Mittel erscheint für diese Untersuchungen ungeeignet, da es von linearen Prämissen in der Entwicklung dargestellter Kategorien ausgeht. Mittels linearer, quasilinearer und quadratischer Regressionsanalyse werden rechnergestützt die ermittelten Ergebnisse zur Kategorienentwicklung statistisch überprüft und abgesichert. Um höher zu veredeln, werden folgende ökonomische Kategorien bei Erzeugnissen und Leistungen analysiert und in ihren Wechselbeziehungen zueinander bestimmt:

1. Ermittlung des Gesamtaufwandes für die Herstellung des Erzeugnisses,
2. Ermittlung des dazugehörigen Veredlungsgrades,
3. Ermittlung der industriellen Warenproduktion bzw. Nettoproduktion,
4. Ermittlung der Intensität von Warenproduktion und Nettoproduktion,

Um neue Qualität ökonomischen Wachstums Höhere Veredlung von Rohstoffen, Material und Energieträgern (4)

Höhere Veredlung durch ausgewählte ökonomische Kategorien und Leistungsparameter in Kombinat und Betrieben

5. Ermittlung des spezifischen Aufwandes an Material und Energie, welcher für die Herstellung der Warenproduktion/Nettoproduktion erforderlich war.

In einem I. Quadranten wird die tendenzielle Entwicklung des Gesamtaufwandes für die Erzeugnisherstellung mit dem dazugehörigen Veredlungsgrad dargestellt. Ziel ist es, daß mit absolut sinkendem Aufwand der Veredlungsgrad des daraus hergestellten Erzeugnisses steigt. Die höhere Veredlung wird hier vorwiegend durch das Wirken folgender Veredlungseffekte erreicht:

1. Nutzung von Sekundärenergie und Abprodukten in der Erzeugnisherstellung,
2. Schaffung von geschlossenen Stoffkreisläufen für Material und Energie,
3. verstärkte Nutzung einheimischer Rohstoffe, Materialien und Energieträger

- verbunden mit dem Ziel der Importablösung - Deviseneinsparung -

4. Arbeit mit der Komplexnorm des rationalen, integralen Material- und Energieträgereinsatzes bei technologischen Grundprozessen,

5. Gewährleisten des rationalen Einsatzes von Arbeitskräften mit der Zielrichtung des Schaffens von zusätzlichem Neuwert im Arbeitsprozeß. Es ist aber auch möglich, mit dem Einsatz neuer Technologien und Wirkprinzipien den Gesamtaufwand zu reduzieren.

In einem II. Quadranten wird die tendenzielle Entwicklung des Veredlungsgrades mit der dazugehörigen IWP/NP dargestellt. Ziel ist es, daß die Veredlung - tendenziell betrachtet - schneller steigt als die IWP. Mit der Schaffung von zusätzlichem Neuwert wird dabei das entstehende Nettoprodukt positiv beeinflusst.

In einem III. Quadranten werden die IWP/NP mit ihren dazugehörigen Intensitäten verglichen. Als Ausdruck des Anwendens der umfassenden Intensivierung im Wertbildungsprozeß selbst sollte mit steigender Warenproduktion/Nettoproduktion die jeweils dazugehörige Kennziffer der Intensität sinken.

In einem IV. Quadranten werden der spezifische Aufwand an Material und Energie mit dem dazugehörigen Gesamtaufwand verglichen. Ziel ist es, daß der spezifische Aufwand - als Ausdruck des rationalen Einsatzes von Arbeitsgegenständen im Wertbildungsprozeß - langsamer steigen muß als der Gesamtaufwand bei der Erzeugnisherstellung und -weiterentwicklung. Dr. Jasinski

Literatur:
- Blickpunkt Wirtschaft: Höhere Veredlung - Grundlage für Leistungssteigerung, Verlag Die Wirtschaft Berlin, 1985
- Zur Senkung des Produktionsverbrauches, Material der SED-Betriebsleitung Dresden
- Sieber, W.: Inhalt und Aufgaben der höheren Veredlung von Rohstoffen, Material und Energieträgern, TU Dresden
- Storm, R.: Mathematische Statistik, Statistische Qualitätskontrolle, Wahrscheinlichkeitsrechnung, Lehrbuch
- Jasinski, J.: Zur Arbeit mit Kennziffern des Material- und Energieverbrauches bei mechanisierten und automatisierten Produktionsprozessen, Dissertation A, TU Dresden, 1984
- Jasinski, J.: Rechnergestützte Lösungen des ökonomischen Energie- und Materialeinsatzes, Beitrag „Zentrales Jugendobjekt“, TU Dresden, 1988.

Alles was Recht ist GAB in Einmannarbeitsstätten: Was Sie darüber wissen sollten

Arbeitsstätten, in denen Werk tätige allein außerhalb von Sicht- und/oder Rufweite arbeiten und in denen arbeitsbedingte Gefährdungen auftreten, gelten aus der Sicht des Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutzes als Einmannarbeitsstätten. Für diese Arbeitsstätten sind gemäß TGL 30103 und TGL 30104 neben den erforderlichen technischen Maßnahmen noch besondere organisatorische und andere Maßnahmen festzulegen und einzuhalten, damit Arbeitssicherheit erreicht wird.

Einmannarbeitsstätten sind mit solchen sicherheitstechnischen Mitteln auszurüsten, die bei unmittelbaren Gefahren zur selbsttätigen Stillsetzung der Arbeitsmittel führen. Darüberhinaus sind Festlegungen für eine zuverlässige Gefahrenwarnung und -meldung, für Erste-Hilfe-Leistung, für Evakuierung, für Brand- und Havariebekämpfung und für eine Anwesenheitskontrolle zu treffen. Die Gesamtheit dieser technischen und organisatorischen Maßnahmen soll Arbeitssicherheit für jene Werk tätigen garantieren, die an Arbeitsplätzen mit arbeitsbedingten Gefährdungen außerhalb von Sicht- und/oder Rufweite tätig sind.

Aufgabe leitender Mitarbeiter ist es, in ihrem Verantwortungsbereich die Ar-

beitsstätten zu ermitteln, die im Sinne des GAB Einmannarbeitsstätten sind und hierfür die erforderlichen Festlegungen für technische und organisatorische Maßnahmen zu treffen. Das Arbeiten an bzw. mit Holzbearbeitungsmaschinen, an verschiedenen Werkzeugmaschinen der spanenden und der spanlosen Formgebung, Arbeiten in chemischen Labors mit gefährlichen Stoffen in gefährdender Menge oder auch das Schweißen und Schneiden von Metallen sind in der Regel Tätigkeiten mit arbeitsbedingten Gefährdungen, also Tätigkeiten, die nicht allein oder nur unter bestimmten Voraussetzungen außerhalb der Ruf- und Sichtweite von anderen Mitarbeitern ausgeführt werden dürfen. Dahingegen gilt beispielsweise das Arbeiten am Bürocomputer oder das Ausführen manueller Schlosserarbeiten in einer Werkstatt ohne Sicht- und Rufverbindung zu anderen nicht als Einmannarbeit im Sinne des GAB.

Unabhängig von Belangen des GAB ist jeder leitende Mitarbeiter aufgefordert, sorgfältig zu entscheiden, ob ein Mitarbeiter allein in einem Raum oder in einem Objekt arbeiten darf.

Dr.-Ing. Richter, Leiter der Inspektion